

Initiativantrag 01: Weg mit dem „Freiwilligen Polizeidienst“ in Hessen!

Die südhessischen Jusos fordern die Hessische SPD dazu auf, für den Fall eines Regierungswechsels am 28. Januar 2008, den „Freiwilligen Polizeidienst“ in Hessen wieder abzuschaffen

Begründung:

Seit Monaten kämpft die SPD gemeinsam mit dem DGB und vielen Bürgerinnen und Bürgern in Höchst im Odenwaldkreis, einer der sichersten Gemeinden Hessens, für die Abschaffung des so genannten „Freiwilligen Polizeidienstes“, einer Idee der CDU-Landesregierung.

Auch die Freiwillige Feuerwehr in Höchst hat mehrfach klar und deutlich gemacht hat, was ein solcher Dienst (die „Freiwilligen Polizeihelfer“ bekommen 7 Euro die Stunde, die FFW nichts) für das Ehrenamt in Hessen bedeutet. Um ein deutliches Zeichen zu setzen gab die Feuerwehrfrauen und -männer ihre Funkmelder bei der Gemeinde zurück.

Ähnlicher Frust herrscht nicht nur im Odenwald in diesem Zusammenhang zudem bei der Polizei. Viele Beamte müssen vom Fenster aus zusehen wie Dilletanten ihre Arbeit verrichten, während in Hessen immer mehr Polizeistationen (auch die in Höchst) vor dem Aus stehen.

Der „Freiwillige Polizeidienst“ suggeriert, ähnlich wie die „Unterrichtsgarantie Plus“: Was ausgebildete Fachkräfte können, können Laien schon lange. Dem können wir Jusos uns nicht anschließen!

Wir meinen, dass eine Stadt bzw. eine Gemeinde ihre oftmals nur herbei geredeten sozialen und gesellschaftlichen Probleme auch anders lösen kann, beispielsweise durch die Schaffung selbstverwalteter Jugendzentren sowie durch die Sicherstellung ausreichender Partizipationsmöglichkeiten.

Angenommen: Der Antrag wurde bei einer Gegenstimme und mehreren Enthaltungen von den Delegierten beschlossen.